

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Pettizelle oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Arbeitslöhne und Kriegsgewinne.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat jüngst eine Lohnstatistik veröffentlicht, aus der sich ergab, daß die meisten Arbeiter auch jetzt noch mit Löhnen auskommen müssen, die angesichts der heutigen Warenpreise nicht als ausreichend bezeichnet werden können. Selbst in der Munitionsindustrie, über welche sich der Millionenregen in dichten Schauern ergießt, werden nicht allenthalben Löhne erzielt, die als befriedigend anzusehen sind. Die Zahl derer, die wöchentlich M. 100 und mehr verdienen, ist unter der Gesamtzahl der Befragten nur gering, und in der Regel werden solche Lohnsummen nur durch zahlreiche Ueberstunden erlangt, die bei den mißlichen Ernährungsverhältnissen einen Raubbau mit der Lebenskraft der Arbeiter bedeuten. Nicht nur die betagteren Leute haben mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß ihre Lebensdauer durch die gegenwärtige Unterernährung um Jahre verkürzt wird, auch Männer und Frauen, die als Dreißiger und Vierziger noch im Alter der Vollkraft stehen sollten, können dauernden Schäden erleiden, wenn sie ihrem Körper nicht den zur Erhaltung erforderlichen Heizstoff zuführen können.

Ein rheinisches Kapitalistenblatt glaubte die Lohnstatistik des Metallarbeiterverbandes durch den Hinweis entkräften zu können, daß im dortigen Industriegebiet mehrere tausend Munitionsarbeiter mit hohen Wochenlöhnen nicht angeführt worden seien. Der Einwand ist belanglos. Denn auch hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen mit ungenügendem Einkommen fehlen in der Statistik, die aus freiwilligen Angaben hervorgegangen ist. Der Prozentsatz der Arbeiter mit hohen Löhnen würde, wenn alle die Fragen beantwortet hätten, nicht höher ausgefallen sein. Und darauf kommt es an. Die bürgerlichen Kreise hatten sich gewöhnt, von den Munitionsarbeitern als angehenden Millionären zu sprechen. Demgegenüber war der Nachweis zu erbringen, daß das ein Irrtum ist. Und dieser Nachweis ist voll gelungen.

Die Höhe des erzielten Lohnes will an sich überhaupt nichts besagen. Sie muß immer gemessen werden an der Kaufkraft des Geldes. Sind die Preise derart, daß eine Familie ihre Bedürfnisse mit drei Mark täglich decken kann, so wird das Familienhaupt viel lieber mit drei Mark zufrieden sein, als wenn es zehn Mark verdient und die Ausgaben für den Haushalt damit nicht bestreiten kann. Erwägt man, daß jetzt in großen Städten das Pfund Butter hinten herum mit M. 20 und mehr bezahlt werden muß, Talg, Schmalz und anderes ebenfalls nur für das zehnte und zwölfte des Friedenspreises erhältlich ist, für Kleidung, Schuhwerk und alle andern Bedürfnisse gleichfalls Phantasiapreise angelegt werden müssen, so schmilzt der vermeintliche Ueberschuß aus Arbeitslöhnen auf nichts zusammen, abgesehen von den sehr vielen, deren Löhne zwar gestiegen sind, aber infolge der Geldentwertung ihnen nicht einmal die Lebensführung in der Höhe der Friedenszeit gestatten. Gewiß ist es vorgekommen, daß von Arbeitern und Arbeiterinnen, meist von jüngeren, nicht zweckmäßig mit dem Gelde gewirtschaftet worden ist. Das beweist jedoch gar nichts. Auch Kinder vermögender Eltern machen von dem Rechte jugendlicher Sorglosigkeit Gebrauch. Sie verstreuen sich aufs Gelddurchbringen noch viel besser als jugendliche Proletarier, bei denen bald genug der Anreiz aus dem Sack springt, wenn sie mit ihren Einnahmen nicht hausväterisch umgehen. Sich in dem trügerischen Gefühl zu fangen, wohlhabend zu sein, aus dem vollen schöpfen zu können, soll ihnen gern einmal gegönnt sein. Das dicke Ende wird ohnehin nicht auf sich warten lassen. Wenn bei ihnen wieder Schmalhans als Küchenmeister einziehen wird, kann die Ernüchterung nach dem kurzen Traum nicht ausbleiben. Uebrigens entspringt die als selbstverständlich geltende Auffassung, der Arbeiter dürfe beileibe nicht mehr verdienen, als was zur einfachsten Lebenshaltung unentbehrlich ist, nur einer der vielen irrtümlichen Anschauungen auf sozialem Gebiete.

Viel berechtigter als der Unmut über vermeintlich zu hohe Arbeiterlöhne, wäre die Empörung über die Kriegs-

gewinnler. Nicht Klugheit und Intelligenz gewährleisten hohe Kriegsgewinne, obwohl weder Klugheit noch Fleiß noch Intelligenz diese unmäßigen Bereicherungen rechtfertigen würden, sondern plumpe Glückszufälle, oft gepaart mit Schlaubeit und Mangel an Gewissenhaftigkeit, haben Abertausende neue Millionäre aus dem Sumpfboden des Krieges emporbrodeln lassen. Wer hoch über so viel überschüssige Kraft verfügt, daß er sich im fünften Kriegsjahre über Tollheiten in unserer gottgewollten Wirtschaftsordnung aufregt, der findet an den Kriegsgewinnlern lohnende Objekte. Es geht tatsächlich ins Aschgraue, was diesen Zweibeinern in den Schoß geworfen wird. Und die Empfindungen können nicht freundlicher sich gestalten, wenn erwogen wird, daß letzten Endes die wahnsinnig hohen Ueberschüsse aus den Reichsanleihen stammen, die von der Gesamtheit des Volkes zurückbezahlt und mit jährlich — bis jetzt — sechstausend Millionen Mark verzinst werden müssen. Von den Aktiengesellschaften, die gesetzlich zur jährlichen Veröffentlichung ihrer Bilanzen verpflichtet sind, weiß man, zu welchen bis ins Strafbare gehenden Verschleierungen und Fristerkünsten sie greifen müssen, um ihre Gewinne nicht gar zu unverschämte hoch erscheinen zu lassen. Die Privatleute, die als Kriegsgewinnler Millionäre geworden sind, brauchen nicht öffentlich Rechnung zu legen. Aus England wird soeben durch die deutsche Presse bekanntgegeben, daß dort eine Kriegsgesellschaft mit 4000 Pfund Sterling (M. 80 000) Kapital in einem Jahre 280 000 Pfund Sterling (M. 5 600 000) Gewinn erzielt habe. Warum in die Ferne schweifen? Ist der Daimler-Standal, um einen beliebigen aus vielen herauszugreifen, schon vergessen? Sind nicht von einzelnen Werken Duzende von Millionen an Ueberschüssen erzielt worden?

Die Frage ist, was getan werden muß, um diesen Unfug auszugleichen. Unser Würzburger Parteitag hat voriges Jahr den Antrag Thiele angenommen, der die Antwort darauf gibt. Er lautet:

„Kriegsgroß und gräßlich sind die Opfer an Blut, Lebensglück und Gesundheit, die durch den Krieg der Mehrheit der deutschen Familien auferlegt worden sind. Derselbe Krieg hat jedoch einem kleineren Personenkreise unnötigen Reichtümer durch Kriegsgewinne gebracht. Der Gedanke ist unerträglich, daß für die Mehrheit der Krieg die Quelle dauernden Elends und Schmerzes, für eine Minderheit die Quelle dauernden wirtschaftlichen Ueberflusses sein soll.“

Der Parteitag fordert daher, daß das Reich zur Vinderung des Kriegselends, für die es aufkommen hat, in erster Linie die im Kriege erworbenen Reichtümer heranzieht. Das soll unter Anerkennung des Grundgesetzes geschehen, daß niemand beanspruchen darf, nach dem Kriege wohlhabender zu sein, als er vorher gewesen ist.“

Inzwischen sind die Gesetze über Besteuerung der Kriegsgewinne, über Verhinderung der Kapitalabfuhr nach dem Auslande und über erweiterte Vermögensabgaben zur Deckung der Kriegskosten erschienen. Sie werden einige Milliarden ergeben. Das ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wollen wir unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege nicht auf Jahrzehnte hinaus durch härteste und ungerechte Steuerbelastungen auf Handel und Verkehr erschweren, wollen wir die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Arbeit nicht ersicken, wollen wir die Mittel zu einer anständigen Fürsorge für alle Kriegsoffer aufbringen, so muß die Zinslast für die Kriegsanleihen auf das niedrigste Maß vermindert werden. Das ist nur möglich durch volle Inanspruchnahme der Kriegsgewinne. Der Eingriff in die „persönlichen Rechte“, der darin liegt, würde noch lange nicht der härteste sein, den wir uns im Kriege haben gefallen lassen müssen. Und schmerzgewählte Kriegsgewinnler wären bei weitem noch nicht das traurigste Bild, das unsere Augen aufnehmen müßten. Es kann eine untere Gewinnsgrenze gezogen werden von vielleicht zehntausend Mark, die unberührt bleibt; aber alles andere soll dem Volke wieder gegeben werden, von dem es genommen ist. Darüber wird Geulen und Zähneklappen entstehen. Immer zu! Das Volk würde dann jedoch erheblich mehr Atmungsfreiheit bekommen. Und das ist wichtiger.

Reichstag, hilf!

Mit dem Reichstage ist es eine eigene Sache. Ist er versammelt, so werden sämtliche Schalen des Spottes über ihn geleert ob seiner Bedeutungslosigkeit und Unfähigkeit. Ist er aber vertagt und politische Fragen tauchen auf oder gewisse Angelegenheiten entwickeln sich in unerwünschter Richtung, so wird nach ihm als dem Retter gerufen, der Verworrenes klären, gefährliche Entwicklungen verhindern, eingestoste Bestrebungen wieder flottmachen, unerfüllte Wünsche befriedigen kann. Der Reichstag verdient weder den übermäßigen Spott, noch das unbegrenzte Vertrauen. Er ist mit allen den Schwächen behaftet, die sich aus der verfassungsmäßigen Einschränkung seiner Befugnisse und aus seinem geschichtlichen Werdegang ergeben haben. Er ist jedoch — und seit Kriegsbeginn mehr als jemals früher — ernstlich bestrebt, seinen Aufgaben gerecht zu werden und größeren Einfluß auf die Regierung und den Verlauf der inneren und äußeren Politik zu gewinnen. Es wäre ungerecht, das leugnen zu wollen, und es wäre unrichtig, in Abrede zu stellen, daß der Reichstag jetzt zwar bei weitem noch nicht die Geltung sich erzwingen hat, die ihm eingeräumt werden muß, wenn er der sichere und wahre Ausdruck der Volkseinstimmung sein soll, daß er aber doch einen erheblich festeren Stand gegenüber der Regierung einnimmt und zu behaupten weiß als vor dem Kriege.

Als Bismarck den Reichstag auf Grund des gleichen und geheimen Wahlrechts entstehen ließ, glaubte er, seine überragende Persönlichkeit werde imstande sein, alle Partagruppierungen, die sich ergeben würden, zu beherrschen. Mit den Nationalliberalen, die in den siebziger Jahren an 150 Mandate besetzt hielten, drückte er auf die Konservativen der „Kreuzzeitungs“-partei. Dann eröffnete er den Kulturkampf gegen das Zentrum. Später drohte er seinen treuesten Gefolgsgängern, den Nationalliberalen, er werde sie „an die Wand drücken, daß sie quiekschen“. Und als er Ende der siebziger Jahre die Freihandelspolitik aufgab und die Schutzzollära einleitete, fabrizierte er das Schandgesetz von 1878, durch das er zwölf Jahre lang die Sozialdemokratie unter ein Ausnahmegericht stellte. So stützte er sich bald auf die eine, bald auf die andere Mehrheit. Zu sich selbst ist unter ihm der Reichstag nie gekommen. Und von einem wirklichen Einfluß der Volksvertretung auf die Regierung konnte man unter Bismarck nicht im mindesten reden.

Unter seinen Nachfolgern, Caprivi, Fürst Hohenlohe und Bülow, befand sich zwar keiner, der es auch nur entfernt auf die persönliche Macht eines Bismarck gebracht hätte; trotzdem kam auch unter diesen Kanzlern der Reichstag nicht zum Bewußtsein seiner Kraft. Wilhelm II. hatte sein eigener Kanzler sein wollen, und er ist es auch wiederholt in gewissem Sinne gewesen. Höfische Einwirkungen waren bei der Stellungnahme des Parlaments nicht selten zu verspüren. Schließlich gelang es dem Fürsten v. Bülow nochmals, bei den Wahlen von 1907 die gesamten bürgerlichen Parteien zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschweißen. Er hat sich nicht lange seines Werkes freuen können. Nachdem der Reichstag im Herbst 1908 die Resolution gegen das persönliche Regiment angenommen und Bülow sie in Potsdam übergeben hatte, erhielt er im heißen Juli 1909 seinen Abschied. Bethmann folgte ihm. Der Reichstag begetrierte weiter. Erst als 1912 die Arbeiter ihre Revanche für 1907 nahmen, als die sozialdemokratische Fraktion von 53 auf 110 Mann anwuchs, als der Redakteur der „Dresdner Nachrichten“ verzweifelt ausrief, nun müsse auch er sein Blatt sozialdemokratisch halten, da brach die Möglichkeit an, den Reichstag zu höherem Einfluß zu bringen. Die bürgerlichen Kreise machten ihre Verbeugung vor der Tatsache, daß jede dritte Wählerstimme im ganzen Reich auf einen Sozialdemokraten gefallen war. Die Zabernaffäre fand eine geschlossene Opposition im Reichstage, geschlossener und kräftiger als jemals zuvor. Unser Wahlsieg hatte den Weg freigemacht zum Aufstieg der Bedeutung des Parlaments.

Da kam der Krieg. Gleich den sozialdemokratischen Abgeordneten in Paris und London erkannte auch unsere

Fraktion einmütig einschließlich der späteren Unabhängigen die Pflicht der Landesverteidigung an. Damit war die Grundlage ihrer Kriegspolitik gegeben. Die Allmacht der Militärdiktatur, die im Belagerungszustand und in der Presszensur ihren sichtbaren Ausdruck fand, drohte, den schwachen Rest des parlamentarischen Einflusses auf die Regierung zu verschlingen. Da galt es für jeden, der politisch zu denken vermag, mit aller Kraft auf den Zusammenschluß einer Mehrheit hinzuwirken, die der Abwehr aller Bestrebungen diene, die eine noch weitere Verminderung des parlamentarischen Einflusses bezweckten, zugleich aber auch einer Mehrheit, die zum Angriff auf die Regierungsgewalt, auf alle die offenen und geheimen Vertreter des Absolutismus und der Reaktion überging, einer Mehrheit endlich, die bereits jetzt Vorsorge traf, daß der Reichstag bei Gestaltung des Friedens und dessen möglichst baldiger Herbeiführung nicht als Mauerblümchen unbeachtet blieb.

Das schwere, für die Zukunft unendlich wichtige Werk ist gelungen. Es ist gelungen durch die Sozialdemokratie und mit ihr. Kinderleicht ist's, über die großen Mängel und Schwächen der Mehrheit zu höhnen. Mag das tun, wer Neigung dazu verspürt. Ernsterer Einsicht kann nicht verborren bleiben, daß die Reichstagsmehrheit unter den schwierigsten Verhältnissen bereits beachtenswerte Erfolge zu verzeichnen hat in der Abwehr wie im Angriff. Die Konserverativen wissen sehr wohl, warum sie die Mehrheit mit allen Mitteln bekämpfen. Nur wer den theoretisch wie praktisch von der Sozialdemokratie längst verworfenen Spießbürgerstandpunkt teilt, es müsse erst noch viel schlimmer kommen, ehe es besser werden könne, wird den großen Wert der Bildung einer Parlamentsmehrheit, wie sie seit mehr als Jahresfrist im Reichstage besteht, bestreiten. Es ist die erste Mehrheit, die sich aus eigener Kraft gebildet hat. Alle früheren Mehrheiten wurden von der Regierung zusammengeleimt und — geleimt. Ob die Mehrheit bestehen bleibt, ja, ob auch nur die Sozialdemokratie dauernd an ihr festhalten kann, ist eine andere Frage. Daß sie jetzt im Kriege besteht, macht bereits ihr Dasein wertvoll genug. Daß der Meinungskampf zwischen den Mehrheitsparteien trotzdem nicht stillsteht, haben alle Debatten gezeigt. Die Einigkeit besteht nur in den Fragen des Kriegszieles, bei dem alle einen Frieden ohne Eroberungen und Zwangsentschädigungen fordern, und in der Abwehr militärischer Allmacht und Reaktion.

Nun wird der schnelle Zusammentritt des Haushaltsausschusses verlangt, damit er zur Lösung der Polenfrage, zu den endgültigen Abmachungen mit Rußland und zu andern Angelegenheiten Stellung nehme. Es ist kein gesunder Zustand, wenn statt des Reichstags nur einer seiner Ausschüsse mit der Regierung verhandelt, da kein Ausschuß berechtigt ist, entscheidende Beschlüsse zu fassen. Noch weniger sind natürlich die Fraktionsführer dazu in der Lage, denen, wie verlautet, die Regierung zunächst die gewünschten Aufklärungen geben will. Sind Mitteilungen von wirklich weittragender Bedeutung zu machen, so sollte der gesamte Reichstag einberufen werden. Nicht die Fraktionsführer oder der Haushaltsausschuß bilden die Volksvertretung, sondern der Reichstag als Gesamtheit. Und die gedrückte Stimmung, die in der Heimat wie auch draußen im Felde besteht, kann nur behoben werden, wenn vor aller Öffentlichkeit reiner Wein eingeschenkt wird. Der Reichstag wird helfen, wenn und wo er kann. Und er wird vertrocknen und tabeln, wo und wenn es angebracht ist.

Internationale Nachrichten.

Der Verband der Zimmerer Oesterreichs beruft zum 18. Oktober dieses Jahres nach Wien seinen Sechsten Verbandstag ein. Er hat die Aufgabe, über die Zukunft des Verbandes zu beraten und dessen Grundlage den veränderten Verhältnissen anzupassen. Als die wichtigsten Punkte der Tagesordnung kommen in Frage: Regelung der Beitragsleistung und der Unterstützungseinrichtungen, Statutenänderungen, Lohnbewegungen usw. Der Verband der Zimmerer Oesterreichs ist durch den Krieg hart betroffen und in seiner Existenz heftig erschüttert. Ende des Jahres 1913 zählte er in 162 Ortsgruppen 6866 Mitglieder, Ende 1917 in 59 Ortsgruppen rund 900 Mitglieder. Dieser überaus starke Rückgang von Mitgliedern ist in erster Linie durch die Einberufungen zum Heeresdienst verursacht und ferner durch die Einberufung zur Arbeit auf Grund der Kriegsdienstleistungsgesetze. Diese Schwächung des Mitgliederbestandes hat natürlich auch die Aktions- und Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt. Dennoch hat der Verband den Wirkungen der Teuerung durch Steigerung der Löhne erfolgreich entgegengegearbeitet. Unter der Teuerung leidet aber auch der Verband mit seinen Einrichtungen. Seine Ausgaben haben sich erhöht, hingegen sind die Einnahmen wesentlich geringer geworden. Hier gilt es, einen Ausgleich zu schaffen. Sodann ist aber auch eine Aufbesserung der Unterstützungseinrichtungen notwendig geworden; sie kann jedoch nur erfolgen, wenn auch die Leistungen der Mitglieder entsprechend höhere werden. So wird der Verbandstag eine ebenso reichhaltige wie dankbare Arbeit vorfinden. Möge er alle Fragen, die ihn beschäftigen sollen, in befriedigender Weise lösen, damit möglichst ein noch weiterer Rückgang des Verbandes verhütet und der Weg für seinen Wiederaufbau nach dem Kriege frei wird.

Verbandsnachrichten.

Unsere Lohnbewegungen.

Um eine weitere Teuerungszulage sind zwischen dem Reichswirtschaftsamt und den Vorständen der drei am Tarifverträge beteiligten bausewerlichen Gewerkschaften die nachstehend abgedruckten Schreiben ergangen:

1. Anschriften der drei Vorstände der bausewerlichen Gewerkschaften:

Hamburg-Berlin, den 3. August 1918.

Er. Erzelenz Herrn Unterstaatssekretär Dr. Caspar, Berlin.

Unter Bezugnahme auf das Er. Erzelenz übermittelte Schreiben, betreffend erneute Teuerungszulagen für die Bauarbeiter, teilen wir ergebenst mit, daß der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe leider, wie aus der Anlage hervorgeht, ablehnend geantwortet hat; er will zwar unser Schreiben dem Gesamtvorstand des Bundes vorlegen, hält aber die Bewilligung unseres Antrages für unmöglich.

Da wir aber von unsern Mitgliedern täglich gedrängt werden, daß wir ihnen sofort eine weitere Teuerungszulage verschaffen müßten, dürfen wir uns mit der Antwort des Bundes nicht zufrieden geben. Und da wir uns auch von weiteren schriftlichen Auseinandersetzungen keinen guten Fortgang der Angelegenheit versprechen können, glauben wir richtig zu handeln, wenn wir Er. Erzelenz bitten, eine alsbaldige mündliche Aussprache zwischen den Vertragsparteien im Reichswirtschaftsamt zu veranlassen zu wollen. Wir sehen die Sache als sehr dringlich an und bitten selbst dann um eine Unterredung mit Er. Erzelenz, wenn der Vorstand des Arbeitgeberbundes es ablehnen sollte, zu einer gemeinsamen Aussprache zu erscheinen.

Hochachtungsvoll ergebenst

Für den Deutschen Bauarbeiterverband: Fritz Paepelow.

Für den Zentralverband der Zimmerer: Fr. Schrader.

Für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter:

Jos. Wiebeberg.

2. Antwortschreiben des Reichswirtschaftsamtes:

Berlin, den 12. August 1918.

Auf das Schreiben vom 3. August 1918.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat mir mitgeteilt, daß sein geschäftsführender Ausschuß am 29. dieses Monats zu der Frage der Gewährung einer neuen Teuerungszulage Stellung nehmen wird. Hiernach halte ich es für erforderlich, zunächst das Ergebnis dieser Beschlüsse abzuwarten. Sollte die alsbaldige Aufnahme der Verhandlungen abgelehnt werden, so werde ich dem dortigen Wünsche entsprechend meinerseits versuchen, eine gemeinsame Aussprache der Vertragsparteien unter amtlicher Leitung herbeizuführen.

Den Zentralverbänden der Zimmerer und der christlichen Bauarbeiter bitte ich hiervon Kenntnis zu geben. gez. Dr. Caspar.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe läßt seine Mitglieder durch die „Bausewerzeitung“ scharf machen. Genanntes Blatt druckt an der Spitze seiner Nr. 65/66 vom 17. August dieses Jahres den Briefwechsel zwischen den Vorständen der bausewerlichen Gewerkschaften und dem Vorstände des Arbeitgeberbundes vom 20. Juli und 24. Juli 1918 (vergleiche „Zimmerer“ Nr. 31) ab und bemerkt dazu:

„Unter Bezugnahme auf vorstehendes Schreiben des Bundes wird den Arbeitgeberverbänden mitgeteilt, daß der Geschäftsführende Ausschuß des Bundes in einer in nächster Zeit stattfindenden Sitzung auf Grund der von den Vorstandsmitgliedern beziehungsweise Bezirksverbänden eingegangenen Äußerungen beschließen wird, ob er mit den Vertretern der Zentralverbände bereits vor dem 1. Oktober dieses Jahres in Verhandlungen eintritt. Das eventuelle Ergebnis derartiger Verhandlungen wird sachgemäß einer einzuuberufenden außerordentlichen Hauptversammlung des Bundes, der eine Sitzung des Bundesvorstandes vorausgehen wird, zur Genehmigung vorgelegt werden. Auf Sonderverhandlungen mit den Gewerkschaften und auf vorzeitige eigenmächtige Erhöhung der Teuerungszulage dürfen sich die Arbeitgeberverbände nicht einlassen, vielmehr sind alle Forderungen mit dem Hinweis abzulehnen, daß die Frage, ob eine weitere Teuerungszulage gezahlt wird, von den Zentralorganisationen der Arbeitgeber und Arbeiter entschieden werden muß und entschieden werden wird. Die Arbeitgeberverbände werden zweckmäßigerweise ihren Mitgliedern von der neuen Lohnbewegung Kenntnis geben, damit sich diese bei ihren neuen Angeboten rechtzeitig versehen können.“

Zur Teuerungszulagenbewegung in München. Wie bereits im „Zimmerer“ Nr. 31 mitgeteilt worden ist, fordern unsere Münchner Kameraden eine Aufwandsentschädigung für Kleidung, Schuhzeug und Werkzeug in Höhe von 25 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Der Arbeitgeberverband hat sie mit dieser Forderung scharf abgewiesen und strengste Einhaltung des Tarifvertrages verlangt. Nur die Prüfung eines früheren Antrages auf Vergütung für Werkzeugabnutzung hat er zugestanden. Ob in diese Prüfung schon eingetreten ist und irgendwelcher Erfolg zu erwarten steht, ist bis heute nicht bekannt geworden. Dieses Verhalten der Arbeitgeber hat nicht nur nicht zur Beruhigung unserer Mitglieder beigetragen, sondern im Gegenteil die Unzufriedenheit noch gesteigert. Bei der Firma Leonhard Moll, die Arbeiten für die Bayerischen Motorenwerke ausführt, ist es wegen der erwähnten Forderung bereits zu Differenzen gekommen, die eine Arbeitsruhe von kurzer Dauer zur Folge hatten. Nachdem die Firma Moll keinerlei Entgegenkommen bewiesen, war die Direktion der Bayerischen Motorenwerke einseitig genug, die Forderung als durchaus berechtigt anzuerkennen und zu bewilligen. Es ist möglich, daß nunmehr der Arbeitgeberverband in München sich zu örtlichen Verhandlungen verstehen wird, falls nicht die zentralen Verhandlungen eine Beschleunigung erfahren.

Forderungen auf Entschädigung für Kleidung und Schuhzeug in Stuttgart. Die Lage der bausewerlichen Arbeiter wird immer unerträglicher. Sowohl unsere Kameraden als auch die Bauarbeiter in Stuttgart haben schon seit Wochen ihre örtlichen Leitungen gedrängt, auf Verhandlungen mit den Arbeitgebern hinzuwirken, damit Abhilfe geschaffen werde. Am 6. August ist dem Arbeitgeberverband wie auch den einzelnen Firmen eine Eingabe unterbreitet worden, in der die Zustände kurz geschildert sind und eine Entschädigung für Kleidung und Schuhzeug in Höhe von 30 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gefordert wird. Der Landesverband Württemberg hat darauf am 9. August Antwort erteilt. Darin heißt es: „Obgleich wir nicht verkennen, daß eine vierte Zulage, besonders in den großen Städten, infolge der gesteigerten Teuerung an sich berechtigt ist, müssen wir das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Zentralorganisationen abwarten. Weder wir noch die Arbeiterorganisationen sind berechtigt, von sich aus Vereinbarungen über eine vierte Kriegsteuerungszulage zu treffen; wir haben übrigens unserer Bundesleitung heute mitgeteilt, daß wir einer zunächst raschen Entwicklung der Verhandlungen entgegensehen.“ Mit dieser Antwort ist, obwohl die Berechtigung einer Teuerungszulage anerkannt, im Augenblick nicht geholfen. Es war deshalb unausweichlich, daß in einzelnen Gewerken unsere Kameraden energisch auf ein Entgegenkommen seitens der Arbeitgeber bestanden und daß es, zwar nur ganz vereinzelt, sogar zur Arbeitsruhe kam, die allerdings sehr bald wieder aufgehoben werden konnte. Es wurden Verhandlungen mit den Organisationen angestellt, die bis zum 23. August zu Ende geführt sein sollen. Für die Zeit bis dahin wurde eine Zulage von 15 $\frac{1}{2}$ zugesichert und außerdem der durch die Arbeitsruhe entstandene Ausfall an Lohn gezahlt.

Forderungen in Hannover und Umgegend. Unsere Kameraden in Hannover haben die für Hannover und Umgegend in Frage kommenden Arbeitgeberverbände um Verhandlungen ersucht über eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnzulage. Sie haben diesen Weg gewählt, weil mehrere Arbeitgeber auf an sie gerichtete Forderungen erklärt hatten, die Löhne für Hannover-Linden genügen längst nicht mehr, nur dürften sie über die Vereinbarungen hinaus nicht zahlen. Einen Erfolg hat dieses Vorgehen bis jetzt nicht gezeitigt. Der Arbeitgeberverband für Hannover verweist darauf, daß die Angelegenheit bereits von den Zentralorganisationen in Angriff genommen sei und daher zunächst eine abwartende Stellung eingenommen werden müsse. Sonderverhandlungen mit den einzelnen Arbeitgeberverbänden dürfe er nicht einleiten. In ähnlichem Sinne sind auch die Antworten der Arbeitgeberorganisationen für Hannover-Linden und Linden und Umgegend gehalten. Alle drei Organisationen der Arbeitgeber haben die Sache dem zuständigen Bezirksarbeiterverband übermitteln. Ueber diesen langsame Verlauf sind unsere Kameraden in Hannover natürlich höchst ungehalten.

Stellungnahme der Arbeitgeber in Dresden zur Forderung einer weiteren Teuerungszulage. Die örtlichen Organisationen der Bauarbeiter und Zimmerer haben durch Schreiben vom 12. August den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Dresden um baldige Verhandlungen über eine neue Teuerungszulage ersucht. Sie sind dazu durch ihre Mitgliedschaften gedrängt worden, weil durch die Presse bekannt geworden ist, daß die Versuche der Zentralverbände der Arbeitgeberverbände, den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe schnellstens zu Verhandlungen zu veranlassen, zunächst fehlschlagen sind. Daher wünschen die Arbeiter, daß durch örtliche Vereinbarungen eine Abschlagszahlung festgelegt werden möge, bis durch zentrale Verhandlungen eine Regelung erfolgt. Die Antwort des Arbeitgeberverbandes lautet:

„Auf Ihr Schreiben vom 12. dieses Monats teilen wir Ihnen mit, daß wir auf Grund der Vereinbarungen vom 29. November vorigen Jahres nicht jetzt schon und auch nicht eigenmächtig mit Ihnen über Erhöhung der Teuerungszulagen verhandeln können. Die Frage, ob eine weitere Teuerungszulage gezahlt wird, muß und wird von den beiderseitigen Zentralorganisationen entschieden werden. Aus diesem Grunde können wir auch nicht in örtliche Verhandlungen über eine vorzeitige Abschlagszahlung eintreten.“

Um eine Teuerungszulage für Chemnitz zu erreichen, haben sich unsere Kameraden an ihre Arbeitgeber gewendet. Diese erkennen durchweg die Berechtigung einer solchen an, dürfen sie aber angeblich ohne Genehmigung des Arbeitgeberverbandes nicht bewilligen. Auch der Arbeitgeberverband stellt die Notlage der bausewerlichen Arbeiter nicht in Abrede, jedoch könne eine Regelung nur allgemein erfolgen und deshalb müsse sie durch die Zentralorganisationen getroffen werden. Wie aber die Zentrale der Arbeitgeber die Erledigung dieser dringenden Angelegenheit betreibt, erhellt aus dem an anderer Stelle dieser Nummer abgedruckten Schriftwechsel mit dem Reichswirtschaftsamt. Die Unzufriedenheit unserer Kameraden in Chemnitz wird inzwischen immer größer, da ihre Lage ungemein schwierig ist. Eine baldige befriedigende Regelung wäre daher im allseitigen Interesse dringend zu wünschen.

Forderungen auf Entschädigung für Werkzeug in Stettin. Die teuren Werkzeugpreise veranlassen unsere Stettiner Kameraden, an den dortigen Arbeitgeberverband heranzutreten mit dem Ersuchen, eine Entschädigung für Abnutzung des Werkzeuges zu bewilligen. Der Arbeitgeberverband hat die Forderung abgelehnt.

Lohn- und Arbeitsbedingungen für die ausführenden Bauten am Müritzersee. Zwischen dem Baugewerbeverband zu Hamburg E. B. für sich und in Vertretung der im 9. Armeebezirk befindlichen Arbeitgeberverbände des Baugewerbes in Schleswig-Holstein, beiden Mecklenburg, Lübeck und Bremen einerseits und dem Deutschen Bauarbeiterverband sowie dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands sind am 17. Juli 1918 die nachstehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbart.

Auf diese Lohn- und Arbeitsbedingungen sind alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichtet, die am Müritzersee Bauten ausführen beziehungsweise dort bei diesen beschäftigt werden.

§ 1. Die normale Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, und zwar von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr, mit folgenden Pausen: 8 bis 8½ Uhr Frühstück, 12 bis 1 Uhr Mittag, 4 bis 4½ Uhr Vesper.

§ 2. Löhne. Der Lohn beträgt für die tarifmäßig normale Arbeitszeit von zehn Stunden für

	pro Stunde
Maurer, Zimmerer, Einschaler, Zementfacharbeiter und Steinträger.....	M. 1,31
Gleicher, Weger, sämtliche Bauhilfs- und Betonarbeiter.....	„ 1,21
Erdarbeiter zur Vorbereitung z. Hochbau „	„ 1,11

Die Lohnsätze jüngerer Arbeitnehmer unterliegen besonderer Vereinbarung zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach Alter und Leistung, dürfen obige Lohnsätze aber nicht überschreiten.

Feuerungszulagen, die vom Reichswirtschaftsamt für nötig befunden und im Reichstarif aufgenommen werden, gelten auch für diesen Vertrag.

§ 3. Ueberstunden. Auf Anfordern der Bauleitung sind Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeitsstunden zu leisten. Als Ueberstunden gilt die Zeit von 6 bis 8 Uhr morgens und von 8 bis 10 Uhr abends; Nachtarbeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens; verkürzte Pausen gelten als Ueberstunden. Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen von 5 Uhr morgens bis 12 Uhr abends.

An Lohnaufschlag sind zu zahlen: 10 % für die Ueberstunden, dagegen 60 % für Nacht- und Sonntagsarbeit. Bei Schichtwechsel werden nur 30 % für Nacht- und Sonntagsarbeit als Aufschlag für die Stunde gezahlt.

Die Lohnzahlung erfolgt jeden Sonnabend während der Arbeitszeit.

Bei Regenwetter wird weitestgehend darauf hingewirkt, daß die Arbeiter nicht auszufehen brauchen. Das gleiche ist bei gelindem Frostwetter der Fall.

Sollte infolge stärkeren Frostwetters die Arbeit eingestellt werden, so ist den täglich zur Arbeit gekommenen die Hin- und Rückfahrt als Arbeitszeit, den auf der Baustelle Wohnenden freie Verpflegung gemäß § 7 zu vergüten.

§ 4. Auslösung. Fremde, verheiratete Gesellen und Arbeiter erhalten pro Kalendertag M. 3 Auslösung, nicht verheiratete Gesellen und Arbeiter für den Tag M. 1,50 Auslösung, soweit die Arbeiter über 18 Jahre alt sind. Sofern ein nicht verheirateter Arbeiter durch Bescheinigung seiner Ortsbehörde nachweist, daß er mit seinem Verdienst Angehörige unterhält, bekommt er auch M. 3 Entschädigung. Diese Auslösung wird gezahlt, wenn die Gesellen und Arbeiter in den Unterkunftsräumen schlafen, oder sich im Einverständnis mit dem Arbeitgeber selbst Quartier beschaffen. Solange die Unterkunftsräume nicht in genügender Weise fertiggestellt sind, wird den täglich nach Hause fahrenden Gesellen und Arbeitern das Fahrgehalt zurückvergütet und die Fahrzeit als Arbeitszeit bezahlt, dagegen fällt die Auslösung fort.

§ 5. Unterkunftsräume. Der Unterkunftsraum muß entsprechend wohllich und heizbar eingerichtet sein. Für jeden Mann ist zu stellen: ein Bettgestell, ein Strohsack, zwei Wolldecken und geeignete Waschgelegenheit.

§ 6. Reisegeld. Die Hinreise wird bei der ersten Lohnzahlung, die Rückreise nach sechswochiger Arbeit vergütet.

§ 7. Verpflegung. Für genügende Verpflegungsgelegenheit haben die Arbeitgeber zu sorgen. Für ein warmes Mittagessen und ein warmes Abendessen sowie dreimal je ½ Liter Kaffee zahlen die Arbeitnehmer für den Tag M. 2,50. Die Lebensmittel für die anderen Mahlzeiten müssen zu angemessenen Preisen zu kaufen sein.

§ 8. Schlichtungsinstanz. Zur Schlichtung von etwa sich ergebenden Streitigkeiten zwischen den beseitigten Arbeitnehmern und Arbeitgebern wird eine paritätische Kommission eingesetzt, bestehend aus Vertretern des Militärbauplans und den beteiligten Arbeitgebern- und Arbeitnehmerorganisationen.

Für den Fall, daß die Parteien sich nicht einigen können, soll das stellvertretende Generalkommando des 9. Armee-Korps gebeten werden, die Vermittlung zu übernehmen.

Der Vertrag tritt am 15. September 1918 in Kraft und gilt bis zum 1. April 1919.

Neustrelitz, den 17. Juli 1918.

Vorstehende Vereinbarung anerkannt:

Für die Arbeitgeber:

Baugewerbeverband zu Hamburg E. B.

Holt, Vorsitzender.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in den beiden Großherzogtümern Mecklenburg, eingetragener Verein.

Hans Heimig, Vorsitzender.

Für die Arbeitnehmer:

Deutscher Bauarbeiterverband.

Fritz Baepow, Vorsitzender. H. Nibel, Bezirksleiter.

Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufs-genossen Deutschlands.

Fr. Schrader, Vorsitzender. Heinz Erdmann, Gauleiter.

Berichte aus den Bahlzellen.

Dresden und Umgegend. Am 1. August fand eine Versammlung der Zimmerer statt mit folgender Tagesordnung: Die Lohnverhältnisse der Dresdner Zimmerer und die gegenwärtigen Preise aller notwendigen Bedarfsartikel. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Kamerad Reinhard Köhler führte aus: „Die vierjährige Kriegsdauer hat nicht nur für die am Kampf Beteiligten ungeheure Opfer an Gut und Blut gekostet, auch die Daheimgebliebenen leiden seelisch und leiblich darunter. Trotz der langen Kriegsdauer würden die Entbehrungen leichter zu ertragen sein, wenn nicht neben der Knappheit an Lebensmitteln Wucherpreise eingeführt hätten, die es dem Arbeiter besonders schwer machen, sich und seine Familie auch nur einigermaßen so zu ernähren, wie es im Interesse seiner Erhaltung notwendig ist. Schlecht- und Tauschhandel tragen weiter dazu bei, daß die Verhältnisse immer schlimmer werden. Auch der Arbeiter ist heute gezwungen, infolge Knappheit der Nationen, die er erhält, Waren im

Schleichhandel zu erstehen. Alle Maßnahmen gegen den Schleichhandel haben bis jetzt versagt. Infolge dieser Zustände müßten die Lohnverhältnisse ganz andere sein, als sie es heute im allgemeinen sind. Auch die Zimmerer gehören zu den Arbeitern, deren Lohn heute nicht mehr im geringsten ausreicht, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Im Jahre 1914 verdiente ein Zimmerer in Dresden pro Stunde 74 ¢, die Woche zu 52½ Stunden gerechnet M. 38,85. Die wöchentliche Ausgabe für eine Familie, zu drei Köpfen berechnet, betrug im Mai 1914 nach Calvers Feststellungen in Dresden M. 25,43. Im Mai 1918 dagegen betrug diese Ausgabe wöchentlich für eine Familie, zu drei Köpfen berechnet, für Dresden M. 61,83. Das ist ein Mehr von M. 36,40. Betrachtet man dagegen die Lohnsteigerung innerhalb dieser Zeit bei den Dresdner Zimmerern, so beträgt der Lohn jetzt wöchentlich bei zweiundfünfzigstündiger Arbeitszeit M. 60,37; ein Mehr gegen 1914 von M. 21,52 oder in Prozenten ausgerechnet 55,4 pZt. Die Steigerung der Ausgaben für die Lebensmittel sind in dieser Zeit aber um 130 pZt. gestiegen. Dazu kommen noch die erhöhten Ausgaben für Kleidung, Wäsche, Schuhwerk, Licht und Heizung. Außerdem sind die Preise für alle übrigen Gebrauchsartikel derart gestiegen, daß ihre Anschaffung größere Ausgaben verursacht. Dazu kommen bei dem Zimmerer erhöhte Ausgaben für Schuhwerk, auch das Handwerkzeug, das der Zimmerer zu seiner Arbeit stellen muß, ist um weit über 100 pZt. gestiegen. Rechnet man nun noch die in diesem Jahre weit höheren Steuern sowie die in der letzten Zeit vielfach eingetretenen Mietsteigerungen, so dürfte wohl, ohne als unzufrieden zu gelten, das Verlangen nach höherem Lohn von Seiten der Zimmerer voll berechtigt sein. Daß der jetzige Lohn eines Dresdner Zimmerers nicht mehr zur Erhaltung seiner Familie ausreicht, dürfte wohl auch von niemandem bestritten werden; es sei denn, daß man nachweist, wie man mit diesem Lohn auskommen kann. Auch wenn man die Löhne anderer Berufsgruppen mit den Löhnen der Zimmerer vergleicht, so ständen die ersteren weit besser da als die letzteren. Selbst der größte Teil der ungelerten Arbeiter erhalte heute Stundenlöhne von M. 1 und darüber. Kein Wunder also, wenn in der letzten Zeit aus den Reihen der Zimmerer immer mehr die Unzufriedenheit über die jetzigen Lohnverhältnisse in Zuschriften und Briefen zum Ausdruck gebracht worden wäre. Redner weist dann noch darauf hin, daß bei der letzten Vereinbarung am 27. November 1917, wo die letzte Feuerungszulage gewährt worden sei, eine Bestimmung getroffen worden wäre, die besagt, falls eine wesentliche Veränderung der Preise für den Lebensunterhalt vom Juli bis Oktober dieses Jahres eintreten würde, sollten auf Antrag einer der vertragschließenden Parteien neue Verhandlungen über eine Erhöhung der Feuerungszulage zulässig sein. Der Antrag soll an das Reichswirtschaftsamt gestellt werden. Dieses ist am 20. Juli von Seiten der Zentralverbände des Deutschen Bauarbeiterverbandes, des christlichen Bauarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands geschehen, indem ein solcher Antrag an den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe sowohl als auch an das Reichswirtschaftsamt gestellt wurde. Hoffentlich wird diesem Antrage von Seiten der Arbeitgeber sowohl als auch von Seiten des Reichswirtschaftsamts die nötige Beachtung geschenkt und alles versucht, um die drückende Notlage der Zimmerer, besonders der Zimmerer Dresdens durch eine den jetzigen Feuerungsverhältnissen entsprechende neue Feuerungszulage zu mildern.“ In der Debatte kam von allen Rednern in recht drastischer Weise zum Ausdruck, daß es so nicht länger weitergehen könne, sondern alles versucht werden müsse, eine baldige Verringerung herbeizuführen. Nach lebhafter Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 1. August im Dresdner Volkshaus tagende Zimmererverversammlung stellt fest, daß die Feuerungsverhältnisse in Dresden die schlimmsten sind. Beeinflusst wird die Feuerung besonders dadurch, daß von den zugeteilten Lebensmitteln ein schwer arbeitender Mensch absolut nicht leben kann. Jeder Zimmerer ist dadurch gezwungen, sich einen Teil solcher Nahrungsmittel zu kaufen, die auf dem Wege des Schleichhandels herbeigeschafft werden und nur zu Wucherpreisen zu kaufen sind. Die Kosten für die Lebenshaltung sind gegenüber der letzten Friedenszeit um weit über das Doppelte gestiegen; dagegen beträgt die Feuerungszulage nur 55,4 pZt. Mit dem insgesamt M. 1,15 betragenden Stundenlohn sind die Zimmerer Dresdens weit hinter den Löhnen anderer Berufe zurückgefallen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Zimmererbesuch einer der schwersten ist, der besonders an Kleidung und ganz besonders an Schuhwerk die größten Anforderungen stellt. Weiter muß der Zimmerer das gesamte Handwerkzeug stellen, wofür ebenfalls die Preise über das Doppelte gestiegen sind. Die gegenwärtigen Löhne müssen deshalb als vollständig unzureichend bezeichnet werden und bedürfen einer den jetzigen Verhältnissen angemessenen Aufbesserung. Desgleichen sind auch die tariflichen Kilometergelder und die Auslösung für Orte mit auswärtiger Uebernachtung bei weitem nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend und müssen ganz wesentlich erhöht werden. Die versammelten Zimmerer Dresdens richten deshalb an den Zentralvorstand das dringende Ersuchen, bei den bereits beantragten zentralen Verhandlungen die besondere Notlage der Zimmerer Dresdens besonders berücksichtigen zu wollen. Da die Kilometergelder und die Auslösung zu den örtlichen Vereinbarungen gehören, die Leistung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe es aber den örtlichen Instanzen unterlag, hat eine Neuregelung vorzunehmen, so sehen sich die Versammelten veranlaßt, das Ausführen von Arbeiten nach auswärts abzugeben, wo nicht eine entsprechende Entschädigung zu den Tariffahen gewährt wird.“ Unter „Gewerkschaftliche Angelegenheiten“ wurde von allen Rednern auf die ungenügende Verteilung der Lebensmittel in Sachen, besonders in Dresden, hingewiesen. Heute wieder könne man in der Presse lesen, daß die Bevölkerung von Berlin bereits für diese Woche pro Kopf 7 Pfund Kartoffeln erhalte. In Dresden dagegen gebe man ganze 2 Pfund. Demnach müsse verlangt werden, daß an Stelle der fehlenden Kartoffeln andere Ernährungsmittel herbeigeschafft würden. Aber auch damit sei es sehr traurig aus. Eine aus der Versammlung eingegangene Resolution lautet: „Die heute versammelten Zimmerer Dresdens befanden hierdurch, daß sie mit der

Verteilung der Lebensmittelmenge nicht länger zufrieden sein können, zumal in anderen Reichsteilen die Verteilung eine bessere und eine reichlichere ist. Die Versammelten sind gezwungen, ihr tiefstes Mißtrauen gegen das heutige Lebensmittelamt auszusprechen und erwarten, daß diese unhaltbaren Zustände endlich einmal dahingehend geändert werden, daß auch hier in Dresden dieselbe Lebensmittelmenge an Kartoffeln oder Ernährungsmitteln dafür verteilt wird, wie das in den übrigen Städten und Reichsteilen geschieht. Dem Lebensmittelamt muß doch bekannt sein, daß die ohnehin geringe Menge an Lebensmitteln äußerst knapp ist, um nur einigermaßen die Kraft zu erhalten, um Arbeit leisten zu können.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen und beschlossen, sie in der Presse zu veröffentlichen. Nach einem Schlußwort des Referenten, in dem er die Versammelten besonders ermahnte, für Stärkung der Arbeiterpresse einzutreten, fand die den Verhältnissen entsprechend beschlossene Versammlung ihr Ende.

Berlin und Umgegend. Zum Zwecke der bevorstehenden neuen Lohndebatten im Kriegsausschuß für das Berliner Baugewerbe am 23. August dieses Jahres in Sachen der Lohnforderung unserer Kameraden von den Firmen Dyckerhoff & Widmann, Habermann & Gude, Feld & Franke sowie der Firma Schäfer hat der Vorstand unserer Zählstelle über die Gestaltung der Preise für Arbeitskleidung, Stiefel und Handwerkzeug in einer Anzahl Berliner Verkaufsstellen Erhebungen veranstaltet, deren Ergebnis wir nachstehend hier folgen lassen:

Aufstellung der notwendigsten Werkzeuge eines Zimmerers nebst Verzeichnis der ermittelten Preise im Durchschnitt.

	1914	1918		1914	1918
	M.	M.		M.	M.
1 Axt	3,50	14,—	1 Ziehflinge ...	—,30	1,—
1 Stichaxt	3,—	12,50	1 Drauf mit		
2 Hammer	2,80	12,—	1 Schraubenz. ..	1,50	6,50
4 Sägen	8,—	26,—	6 kleine Bohrer. 3,—	9,—	
5 Hobel	16,—	44,—	1 Aneifange ...	1,—	5,—
1 Klopffalz ...	1,50	5,—	1 Fuchschwanz. 1,75	6,—	
3 Stemmeisen ..	3,80	12,—	1 Streichschale ..	—,75	2,—
1 Windeisen ..	2,—	6,50	1 Wasserpumpe ..	2,—	6,50
1 Holzwinde ...	—,75	1,50	1 Handflügel ...	—,30	1,60
1 Klopffalz ...	—,90	2,50	1 Schürm. Rolle 2,—	7,—	
1 Stichsäge	—,50	1,50	1 Polst.	—,75	2,—
1 Holzspatel ...	1,—	3,60	1 Bleifeder	—,10	—,40
1 Holzseile	1,—	3,60	Summa	58,20	191,70

Die Preissteigerung beträgt demnach 230 pZt.

Aufstellung der notwendigsten Arbeitskleidung eines Zimmerers nebst Verzeichnis der ermittelten Preise im Durchschnitt.

	1914	1918		1914	1918
	M.	M.		M.	M.
1 Arbeitsjackett. 12,—	75,—	1 Paar Strümpfe 1,50	18,—		
1 Arbeitshose ...	7,50	50,—	1 „ Hosenträger 1,50	16,50	
1 Arbeitsweste ..	3,50	20,—	1 „ Stiefel ...	12,—	90,—
1 Hemd	2,50	36,—	1 „ Stiefelsohl. 3,—	18,—	
1 Hut	3,—	25,—			
1 Taschentuch ...	—,50	4,50	Summa	47,—	253,—

Die Preissteigerung beträgt demnach 651 pZt.

Was sagen die Herren vom Verband der Berliner Baugeschäfte nun? Wollen sie unter solchen Umständen — ganz zu schweigen von der geradezu sinnlosen Verteuerung aller notwendigen Ernährungsmittel — sich noch länger beharrlich weigern, den Zimmerern wenigstens den Lohn zu verabsolgen, den das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts ihnen am 7. Juni dieses Jahres zuerkannt hat?

Sting. Unsere Mitgliederversammlung am 7. August war nur mäßig besucht. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht wurde anerkannt. Ein Antrag, einen Auszug aus dem Kassenbericht zu vervielfältigen und jedem Mitgliede zur besseren Orientierung zuzustellen, fand Annahme. Die Versammlung erledigte sodann die Vertragsregelung eines seit langem frant gemessenen Kameraden dahin, daß die Hälfte der Beiträge von der Lokalfasse übernommen wurde. Mit dem Ersuchen an die Mitglieder, künftig für besseren Besuch zu sorgen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Essen. Eine sehr stark besuchte Bauarbeiterversammlung des Kaufhauses der Firma Krupp tagte am Samstag, 10. August, in den Räumen der Wirtschaft Müller, Limbederstraße 106. Die Referenten Jansen, Düsseldorf, und Koch, Bochum, stellten fest, daß die Bauarbeiter ihre Organisationen bestärkt hätten, neue Lohnforderungen zu stellen. Einer Begründung für diese Forderung bedürfe es wohl nicht. Die Steigerung der Löhne stände in gar keinem Verhältnis zu den augenblicklichen Preisen der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsgegenstände gegenüber den Friedenspreisen. Auch seien die Löhne der Bauarbeiter im Verhältnis zu denen der übrigen Facharbeiter der Firma Krupp als sehr niedrig zu bezeichnen. Bei den großen Kriegsgewinnen sei die Firma sehr gut in der Lage, auch die Bauarbeiter zu bezahlen, daß sie mit ihren Familien nicht zu hungern brauchen. Es wurden dann folgende Forderungen aufgestellt: 1. Der Minimallohn eines Bauers und Zimmerers beträgt M. 1,40 pro Stunde. Für Hilfsarbeiter M. 1,32. (Wegfall der Prozentrechnung.) 2. Abschaffen der Affordarbeit. 3. Tarifliche Bezahlung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit. Einem großen Teile der Versammlung gingen diese Forderungen nicht weit genug. Auch wurde von den Diskussionsrednern besonders das Affordsystem, wie es bei der Firma Krupp geübt wird, stark kritisiert und die Beseitigung unter allen Umständen verlangt. In seinem Schlußwort erwähnte Kollege Obermeier die Kollegen, in der Agitation für den Verband nicht zu erlahmen und nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Indifferent der Organisation zugeführt sei, denn nur Einigkeit und Geschlossenheit führt zum Ziele.

Grünberg i. Schl. Am 12. August fand eine Betriebsversammlung der Arbeiterschaft aus der Waggonbauanstalt Beuchelt & Co. statt; das Lokal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Arbeiterausschuß berichtete von der Schlichtungsausschussitzung, welche am 31. Juli auf dem Bezirkskommando Neufals stattgefunden hatte, weil

sich die Firma zu einer Lohnaufbesserung auf andern Wege nicht bequemen möchte. Die Firma selbst war diesmal durch zwei Betriebsbeiräte vertreten gewesen, entgegengekehrt der früheren Gewohnheit, wo sie sich vor dem Schlichtungsausschuß einfach nicht gestellt hatte. Bericht wurde, daß im allgemeinen für Handwerker, Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendliche eine Lohnaufbesserung von 5 % die Stunde vom Schlichtungsausschuß in Vorschlag gebracht worden sei; beide Parteien sollten ihre Erklärung bis zum 15. August abgegeben haben und bei ihren Auftraggebern für die Annahme dieses Vorschlages eintreten. Im weiteren sollen die Forderungen einer Revision unterzogen werden, unter Hinzuziehung des Arbeiterausschusses. Da die Firma Mitte November neue Aufträge erhalten wird, soll zu einer weiteren Zulage zu dieser Zeit Stellung genommen werden. Zu diesem Bericht des Kollegen Hanke erwähnte der Gauleiter für die Zimmerer, daß diese Zustände allerdings nicht das darstellen, was ein Arbeiter mit seiner Familie gebraucht, um menschenwürdig leben zu können. Es sei nur das Mindeste dessen, was der Arbeiter überhaupt gebraucht, um noch arbeitsfähig zu bleiben. Das ginge auch schon daraus hervor, daß im November die Löhne wiederum einer Revision unterzogen werden sollen. Die Vertreter der Firma sowie der Schlichtungsausschuß haben sich dazu nicht aufschwingen können, mit den sogenannten Einstellungslohn in diesem Betriebe Schluß zu machen. Es besteht noch immer der Zustand, daß ein gut befähigter Arbeiter weniger verdient als ein minder befähigter, weil dieser eben im Betriebe später eingestellt worden ist. Das Prinzip, für gleiche Arbeit gleiche Bezahlung, wird in diesem Betriebe immer noch nicht zur Einführung gelangen. Der Kamerad Schmidt erklärte weiter zu dem Bericht, daß es die Firma viel einfacher und leichter hätte haben können und sich die Wege nach Neuß hätte ersparen können, wenn sie sich mit den Vertretern der Gewerkschaften und dem Arbeiterausschuß in Verhandlungen eingelassen hätte; das hat sie aber rundweg abgelehnt. Und welchen Eindruck muß es in der Öffentlichkeit machen, wenn es immer wieder heißt, die Firma konnte oder wollte sich mit ihren Arbeitern nicht verständigen, sondern sie mußte erst wieder durch einen Schiedspruch veranlaßt werden, den Verdienst der Arbeiterschaft auszubessern. Aber an sich ist dieses Verhalten der Firma nicht allzu verwunderlich, wenn man sich die Haltung des Unternehmertums betrachtet. Die Gewerkschaften mit ihrem Einfluß seien dem Unternehmertum äußerst un bequem geworden. Wir müssen auch für die Zukunft damit rechnen, daß dieses Unternehmertum die Arbeiterbewegung als ein schweres Hemmnis der Ausnutzung der Arbeiter betrachten wird. Festerer Zusammenschluß ist also seitens der Arbeiterschaft erforderlich. Da wir nun wissen, daß wir unsere während des Krieges erreichten Errungenschaften einem solchen Unternehmertum gegenüber einstmals ernstlich verteidigen müssen, so darf auch die Arbeiterschaft bei Verdacht nicht erlahmen; denn auch sie bildet ein Glied in der großen Kette der gesamten Arbeiterbewegung. Nach längerer Diskussion wurde zur Abstimmung geschritten, und die Vorschläge des Schlichtungsausschusses gelangten zur Annahme. Nachdem noch aufgefördert wurde, etwaige im Betriebe noch vorhandene Unorganisierte der Organisation zuzuführen, wurde die Versammlung geschlossen.

Tangerhütte. Arbeitslegenheit für die hier in Betracht kommenden Kameraden bietet die Kruppische Anlage und die Eisenhütte. In dem Zimmerereigenschaft selbst werden zurzeit keine Kameraden beschäftigt. Auf der Eisenhütte, wo augenblicklich nur drei Kameraden in Arbeit stehen, werden ab 1. Juli d. J. 90 % Stundenlohn gezahlt; hingegen auf der Kruppischen Anlage sind 14 Zimmerer vorhanden, deren Lohnsatz 70 bis 80 % beträgt. Außerdem wird neben freiem Werkzeug eine Sonderzulage gewährt (Wohlfahrts-einrichtung). Entspricht die Lohnhöhe ungefähr den Lohnsätzen, wie sie in den Nachbarorten tariflich normiert sind, so fordert die Art der Lohnzahlung entschiedenen Abhilfe. So erfolgt auf der Eisenhütte monatliche Aufrechnung und in der Zwischenzeit wird Vorschlag gewährt. Auch bei Krupp ist die vierzehntägige Lohnzahlung Modus. In dieser Zeit, wo die Preise für den Lebensunterhalt von Woche zu Woche steigen, die Kaufkraft des Geldes sinkt, können die Arbeiter mit Recht beanspruchen, daß wöchentlich voll entlohnt wird, wie es auch im Baugewerbe allgemein üblich ist. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden nur auf letzterer Arbeitsstelle verlangt und mit 10 % Aufschlag bezahlt. Unser Verbandsleben ist bisher an den Tangerhütter Kameraden spurlos vorübergegangen. Das Streben einzelner, um für den Verband Boden zu gewinnen, ist von den übrigen Kameraden, durch Angeberei, im Keime unterdrückt worden. Auch die Bemühungen seitens der Gauleitung, eine Zahlstelle ins Leben zu rufen, waren bis jetzt erfolglos. Trotzdem soll die Hoffnung nicht aufgegeben werden, den modernen Organisationsgedanken durch systematische Aufklärungsarbeit auch in Tangerhütte dauernde Stätte zu bereiten.

Ueber die Juni-Agitation.

(Fortsetzung.)

Bernburg. Obwohl unser Zahlstellengebiet groß ist, haben wir doch einen guten Erfolg erzielt. Es sind sechs Mitglieder aufgenommen worden. Jetzt sind noch sechs bis acht Mann unorganisiert, wir werden jedoch auch diese dem Verbandsleben zuführen.

Cöln a. Rh. Der Zahlstellenvorstand hatte zum 7. Juni eine Baubelegiertenversammlung einberufen, um die genaue Zahl der auf den verschiedenen Plätzen arbeitenden Kameraden, besonders der Unorganisierten, festzustellen. Da die meisten Cölner Zimmerer in den auswärtigen Munitionsbetrieben beschäftigt sind, mußten noch zwei weitere Baubelegiertenversammlungen einberufen werden. Unsere Agitation hat sich hierdurch in die Länge gezogen und ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Meistens ist der Zahlstellenleiter der Zutritt zu den erwähnten Betrieben untersagt; es fehlt auch an den nötigen Hilfskräften. Wir haben im zweiten Quartal 20, im dritten Quartal bis jetzt 16 Unorganisierte aufgenommen.

Danzig. Zwei Vorstandssitzungen und zwei Versammlungen haben sich mit der Agitation beschäftigt. Die auf

hiesigen Bauten arbeitenden Zimmerer sind in ihrer Gesamtheit organisiert. Die wenigen Zimmerer, zurzeit etwa zehn Mann, die unserm Verband nicht angehören, sind Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes. Anders liegt es auf den Werften. Die dort arbeitenden Zimmerer sind größtenteils ortsfremde, militärischerseits zur Arbeitsleistung kommandierte Kameraden; ihre Zahl mag etwa 300 betragen. Seit Jahresfrist arbeitet der Zahlstellenvorstand unermüdlich daran, diese Kameraden für die Organisation zu gewinnen. In Versammlungen und Betriebsbesprechungen ist ihnen die Notwendigkeit der Organisation auch für in Staatsbetrieben beschäftigte Arbeiter vor Augen geführt worden. Der Erfolg war bisher recht gering, er besteht in der Aufnahme von rund 20 Kameraden. Davon ist ein Teil schon wieder fahnenflüchtig geworden, meist solche, die aus Mitteldeutschland gebürtig sind. Wir haben hier im Osten in früheren Jahren unsern Kameraden die mitteldeutschen Kameraden oft als Beispiel hingestellt, dem sie nachzusehen müßten. Heute beklagen sich unsere einheimischen Kameraden vielfach bitter darüber, daß gerade diese Kameraden den größten Indifferentismus an den Tag legen. Durch die Agitation sind in diesem Jahre bis jetzt 61 Mitglieder gewonnen worden. Durch eine Hausagitation und durch Betriebsbesprechungen, die wir in nächster Zeit abhalten werden, hoffen wir, noch einen größeren Kreis aus den Werftbetrieben zu gewinnen.

Frankfurt a. M. Im April hat die Zahlstelle Frankfurt bereits Anstalten getroffen zu einer großzügigen Agitation. Zunächst wurden alle Adressen der unorganisierten Zimmerer ermittelt, und als das Material zusammen war, in allen Bezirken Versammlungen beziehungsweise Besprechungen abgehalten. Bei dieser Gelegenheit wurden die unorganisierten Zimmerer persönlich aufgesucht. Es wurden circa 70 Zimmerer ermittelt, die unserm Verband nicht angehören. Der größte Teil davon ist nicht organisationsfähig. Es sind Zimmerer, die durch das Hilfsdienstgesetz in den Beruf gedrängt worden sind und die sofort nach Außerkräftigung des Gesetzes wieder Landwirtschaft betreiben. Andere sind Kleinmeister aus den Landorten, die für die Arbeiterbewegung kein Verständnis haben. Der Lohn ist diesen Leuten schon zu hoch. Alle Lebensmittel werden von zu Hause mitgebracht, so daß keine Ausgaben entstehen. Aufnahmen haben wir trotzdem an 30 gemacht. Der Hauptzweck der Agitation sollte aber eine Festigung der Mitglieder sein. Dieses Ziel ist voll erreicht worden. Was in der Kriegszeit lange nicht möglich war, eine persönliche Aussprache mit den Kameraden an den einzelnen Orten, ist durchgeführt worden und wird trotz der hohen Kosten von Zeit zu Zeit wiederholt werden müssen. Die Reklamierten beziehungsweise Beurlaubten haben sich, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, alle angemeldet. Hierüber wird scharfe Kontrolle geführt.

Oppeln. In unserer Zahlstelle sind durch die Agitation neun Mitglieder gewonnen worden und ein früheres Mitglied hat sich wieder angemeldet. Unorganisiert sind noch fünf Mann; sie wollen von einer Aufnahme in den Verband nichts wissen. Zwölf Zimmerer gehören andern Organisationen an.

Schwedt. Hier ist nur ein Unorganisierter; er ist über 60 Jahre alt und zum Eintritt in den Verband nicht zu bewegen.

Schweinfurt. In Privatbetrieben wurden drei Unorganisierte ermittelt. Zwei sind reklamierte Landmeister, die sich zur Aufnahme in den Verband nicht entschließen konnten. Der dritte hielt sich noch für zu jung. In den hiesigen Fabriken sind noch mehrere unorganisierte Zimmerer beschäftigt, jedoch war Verbindung mit ihnen nicht zu bekommen.

Selb. Hier wurden drei Unorganisierte besucht, darunter zwei Reklamierte, von denen einer noch während des Krieges Kassierer der Zahlstelle war. Es hat sich niemand aufnehmen lassen.

Stargard i. P. Hier sind alle Zimmerer organisiert, nur zwei Poliere gehören dem Polierbund an.

Stettin. Von etwa 60 Unorganisierten sind zehn eingetreten und fünf haben sich angemeldet. Von den verbleibenden 45 sind 20 im Polierbund, etwa sieben dürften dem Lokalbverein angehören, der Rest ist unorganisiert.

Stollberg i. Erzgeb. Wir haben bei der Agitation im Juni drei Mitglieder gewonnen.

Stralsund. Von neun Unorganisierten sind zwei dem Verbandsleben beigetreten. Drei gehören dem Polierbund an, die übrigen sind nicht zur Organisation zu bewegen.

Strasburg i. d. Pfalz. Hier wurden drei Unorganisierte festgestellt. Einer davon arbeitet als Stellmacher und zwei sind alt und krank.

Strehlen. In unserer Zahlstelle sind größere Arbeiten nicht auszuführen. Soweit unorganisierte Kameraden vorhanden waren, haben wir versucht, sie auf den Baustellen und in den Wohnungen über unsern Verband zu unterrichten. Es kamen dabei fünf Kameraden in Betracht. Zwei erklärten, daß sie in späterer Zeit nicht abgeneigt seien, sich die Sache zu überlegen, jetzt ständen ihnen wirtschaftliche Schwierigkeiten im Wege. Ein Kamerad gab an, daß er in Zukunft doch nicht mehr den Zimmererberuf ausüben werde, und zwei Kameraden sind unserm Verbandsleben beigetreten.

Striegau. Wir haben schon im April tüchtig agitiert und vier Mitglieder gewonnen. Jetzt sind noch zwei Unorganisierte hier, wovon einer nur vorübergehend im Beruf arbeitet und es ablehnt, sich zu organisieren, während der zweite ein junger Mensch ist, der angeblich täglich seine Einberufung erwartet und aus diesem Grunde dem Verbande nicht beitrifft.

Wismar. Fünf unorganisierte Zimmerer, die hier ermittelt worden sind, erklären, sie seien zu alt.

Trebbin. In unserer Zahlstelle wurden unorganisierte Zimmerer nicht ermittelt.

Trebnitz. Zurzeit sind unorganisierte Zimmerer nicht vorhanden.

Treptow a. d. Rega. Hier sind vier Unorganisierte; sie erklären, sie brauchen den Verband nicht, ihr Meister gibt ihnen, wenn es nötig ist, mehr Lohn.

Waldenburg i. Schl. Unser Zahlstellengebiet ist sehr umfangreich und die Agitation deshalb mit Arbeit ver-

knüpft. Einzelne Orte liegen weit von der Stadt ab und sind nur zu Fuß zu erreichen. Drei vom Militär entlassene Kameraden, die sich bisher noch nicht angemeldet hatten, haben wir dem Verbandszugeführt. Einige andere Kameraden sind zurzeit im Bergwerk beschäftigt, und zwar als Reklamierte. Sie wollen ihre Anmeldung bewirken, sobald sie wieder Arbeit im Beruf haben. Außerdem arbeiten noch etliche ältere Kameraden in Fabriken, die dort auf eine Lebensstellung rechnen und vom Verband nichts wissen wollen. Alle jüngeren Kameraden sind zum Militär eingezogen.

Sterbetafel.

Celle. Am 15. August starb an Augenleiden unser langjähriger Kamerad Hermann Dahl im 53. Lebensjahre. **Merseburg.** Am 23. Juli starb in seiner Heimat Rütten-dorf (Kreis West-Prignitz) unser Mitglied Wilhelm Zabel.

Baugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer. Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 15. August entnehmen wir, daß durch die Arbeitsnachweise folgender Orte Zimmerer gesucht werden: **Ostpreußen:** Allenstein 6, Angerburg 6, Braunsberg 3, Gerdauen 10, Goldap 4, Königsberg 14, Lyda 20. **Westpreußen:** Danzig 6, Elbing 7, Schwetz 8. **Pommern:** Köslin 2, Stettin 27, Stolp 3. **Brandenburg:** Berlin 6, Brandenburg 2, Cüstrin 2, Landsberg 2, Ludenwalde 2, Nauen 4. **Provinz Sachsen, Anhalt:** Erfurt 12, Halle 50, Mühlhausen 5, Nordhausen 10, Suhl 20. **Königreich Sachsen:** Borna 20, Chemnitz 6, Dresden 62, Freiberg 3, Rötchenbroda 5, Leipzig 5, Zittau 38. **Thüringen:** Altenburg 50, Apolda 10, Gera 5, Gotha 5, Jena 1, Jena 8, Meiningen 50, Schmölla 15, Weimar 6. **Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen:** Emben 2, Leer 30, Norden 5, Hannover 3, Celle 8, Garburg 49, Lüneburg 4, Silbesheim 1, Braunschweig 2, Holzminden 10, Wolfenbüttel 8, Rühringen-Wilhelmshaven 6, Bremerhaven 38, Rotenburg 2, Bremen 3. **Schleswig-Holstein:** Altona 5, Eutin 5, Kiel 47, Lübeck 12, Segeberg 10, Hamburg 9. **Hessen-Nassau, Hessen:** Frankfurt 6, Höchst 3, Limburg 12, Offenbach 5, Wiesbaden 15. **Westfalen:** Dortmund 45, Hagen 32, Hamm 6, Baderborn 15. **Bayern:** Augsburg 9, Bamberg 10, München 4, Nürnberg 12, Passau 3, St. Ingbert 3, Weiden 10, Würzburg 6. **Württemberg:** Eßlingen 2, Friedrichshafen 20, Ravensburg 57, Stuttgart 60 (auswärts). **Baden:** Bruchsal 8, Freiburg 6, Karlsruhe 24, Lörrach 4, Mannheim 25, Nastatt 3. **Elbsaß-Lothringen:** Colmar 20, Metz 10, Mühlhausen 5, Schlettstadt 30, Rappoltsweiler 165, Straßburg 20. Insgesamt werden in 94 Orten 1438 Zimmerer gesucht.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Ärzte und Krankenkassen. Allem Anschein nach stehen für eine nahe Zukunft wieder heftige Kämpfe zwischen Ärzten und Krankenkassen bevor. Mit dem Ende des Jahres 1918 laufen etwa 75 pSt. aller in Deutschland zwischen Ärzten und Krankenkassen abgeschlossenen Verträge ab. Unter Berufung auf die Preisverhältnisse beabsichtigen die Ärzte nun, mit sehr erheblichen Mehrforderungen an die Krankenkassen heranzutreten. Auf der Generalversammlung des Ortskrankenkassenverbandes Sachsen-Anhalt, die am Sonntag und Montag in Quedlinburg stattfand, machte der Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, Lehmann, Dresden, nähere Mitteilungen über die Absichten der Ärzte, worüber bisher noch so gut wie gar nichts in die weitere Öffentlichkeit gedrungen ist. Danach hat der Leipziger Ärzteverband in einer Geheimtagung Stellung genommen zu der Angelegenheit und seine Beschlüsse niedergelegt in einer Reihe von Leitsätzen, die in einem derart provozierenden Tone gehalten sind, daß der Schluß sich aufdrängt, die Ärzte beabsichtigen, es unter allen Umständen zum Kampfe zu treiben in der Hoffnung, dabei besser als bei Verhandlungen ihre Rechnung zu finden. Eine derartige Ausnutzung der „Konjunktur“ von einem Stande, wie es der Ärztestand ist, sei geradezu unerhört. Die Forderungen der Ärzte bewegen sich im Durchschnitt auf 50 pSt. Zuschlag zu den gegenwärtig geltenden Gebührenätzen, sowohl der Einzelleistungen als auch der Pauschalgebühren. In einzelnen Fällen gehen die Forderungen auf 100 pSt. Zuschlag heraus. Dabei könne von einer wirtschaftlichen Notlage der Ärzte nicht die Rede sein. Ganz abgesehen davon, daß es sogenannte „Kassenlöhne“ gebe, die innerhalb eines Jahres 20 000, 30 000, ja 60 000 aus ihrer Kassenpraxis herausholen, belaufe sich der Durchschnitt des jährlichen Einkommens der Ärzte allein aus der Kassenpraxis auf 7 000 bis 8 000. Bei dem gegenwärtigen Ärztemangel seien die Ärzte derart beschäftigt, daß sie wohl ausnahmslos sehr erhebliche Einkommen auch aus ihrer Privatpraxis, als Lazarettärzte, und aus sonstigen Quellen erzielen. Niemand denke daran, einen so unentbehrlichen und geistig hochstehenden Berufsstand Nahrungsfragen auszuweisen, und was aus der herrschenden Teuerung an berechtigten Forderungen abgeleitet werden könne, werde durchaus entgegenkommen bei den Krankenkassen finden; aber was jetzt gefordert werde, sei ungerade und geradezu unerhört. Einem vom Leipziger Ärzteverband herausgegebenen Mustervertrag, der fast nur Rechte der Ärzte und Pflichten der Krankenkassen vorsehe, will der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen demnächst seinerseits einen Mustervertrag entgegenstellen, der die berechtigten Forderungen der Ärzte berücksichtigt und dessen Annahme durchsetzen versucht werden müsse. Da auf irgendwelches Entgegenkommen der Ärzte aber einwillen noch keinerlei Aussicht vorhanden ist, so wird wahrscheinlich ein Kampf entbrennen, der an Heftigkeit die heizerzeitigen leidenschaftlichen Kämpfe zwischen Ärzten und Ortskrankenkassen weit hinter sich lassen wird.